ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Protest gegen Bayerisches Polizeiaufgabengesetz im Mai in München

Polizeirechtsverschärfung

»Ausnahmezustand«

● Die FDP stemmt sich gegen ein bundesweites Musterpolizeigesetz nach bayerischem Vorbild. Es würde den Ordnungskräften erlauben, Menschen über mehrere Wochen in Gewahrsam zu nehmen, noch bevor diese eine Straftat begangen haben. Eine solche Präventivhaft sei »mit der Verfassung kaum vereinbar«, sagt Konstantin Kuhle, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag. »Mit dem Musterpolizeigesetz droht der Ausnahmezustand zur Regel zu werden.« Kuhle weist darauf hin, dass der Staat mit Paragraf 89a des Strafgesetzbuchs (»Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat«) schon seit 2009 die Möglichkeit habe, Gefährder vor einem möglichen Anschlag zu inhaftieren. Entsprechend beantragte der Generalbundesanwalt in bislang 40 Verfahren gegen 56 Beschuldigte Untersuchungshaft. In 28 Fällen ordnete ein Richter die Haft auch an. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. »Bevor der Gesetzgeber die Bürgerrechte weiter einschränkt«, sagt der FDP-Mann, »sollten diese Möglichkeiten evaluiert und ausgenutzt werden.« Auch in Bayern sorgt das Polizeiaufgabengesetz (PAG) weiter für Streit: Das Bayerische Innenministerium verschickte vor der Sommerpause rund 6000 Exemplare einer PAG-Werbebroschüre. Unter den Empfängern finden sich zahlreiche Richterinnen und Richter, unter anderem des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, des Verwaltungsgerichtshofs und diverser Oberlandesgerichte, teils an die Dienstanschrift, teils an die Privatanschrift. Die Grünen, die vor dem Verfassungsgerichtshof gegen das Gesetz klagen, halten die Aktion für fragwürdig. »Die unabhängige Justiz benötigt keine einseitigen Auslegungshinweise durch das CSU-Innenministerium«, so die grüne Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze. »Das ist plump und respektlos.« JAF, KNO

Regierung

Teure Kanzlerbüros

● Die Sanierung des Palais Schaumburg dauert länger und wird deutlich teurer als bislang geplant. Der Bonner Dienstsitz von Kanzlerin Angela Merkel wird bereits seit 2013 saniert. Nach jetzigem Planungsstand werde »von einer Fertigstellung Ende 2022« ausgegangen, teilt ein Regierungssprecher mit. Noch im Mai hatte der Bundesrechnungshof Ende 2019 als möglichen Endtermin genannt. Ursprünglich sollte der denkmalgeschützte Bau schon im vorigen Jahr wieder bezogen werden. Der Grund für die Verzögerung liegt vor allem in asbesthaltigen Baumaterialien. Sie machten eine Schadstoffsanierung und teure Planungsänderungen erforderlich. Probleme gibt es auch mit den Finanzen: Laut Rechnungshofbericht vom Mai stiegen »die geplanten Sanierungskosten von 6,5 Mio. Euro auf aktuell 10,4 Mio. Euro«. Aber auch diese Zahl ist schon wieder überholt. Die Kosten für die Sanierungsmaßnahme hätten sich »auf 16,4 Mio. Euro« erhöht, sagt nun ein Regierungssprecher. Das Palais Schaumburg diente ab 1949 als Kanzleramt, bis Helmut Schmidt 1976 in die nebenan neu errichtete Regierungszentrale wechselte. Seit 2001 nutzen Bundeskanzler das Bonner Palais als zweiten Dienstsitz. HOR

ROBERT GRAHN / PICTURE ALLIANCE

Palais Schaumburg

Zeitgeschichte

Lästermaul Strauß

● Sie trafen sich oft: Franz Josef Strauß, CSU-Chef und bayerischer Ministerpräsident, und Alexander Schalck-Golodkowski, DDR-Staatssekretär, Devisenbeschaffer und Stasioffizier. Das Bundesarchiv veröffentlicht dazu nun Korrespondenzen und Vermerke aus den Jahren 1982–84. Darin kann jedermann nachlesen, wie der lautstarke Antikommunist Strauß den legendären Milliardenkredit westdeutscher Banken an die marode DDR einfädelte – und über Parteifreunde lästerte. Über Helmut Kohl, seinen Dauerrivalen, sagte Strauß, der Kanzler sei »wie ein Pudding, wenn man ihn festnageln will, rutscht alles herunter«. Kohls Kanzleramt sei ein »schlecht organisiertes Chaos«, in dem jeder mache, was er wolle. Als Strauß wieder einmal mit Kohl aneinandergeraten war, berichtete er hinterher Schalck-Golodkowski, er habe Kohl »den Rat gegeben, es ausnahmsweise mal damit zu versuchen, das zu tun, was ich anrate, statt das Gegenteil«. Auch Walther Leisler Kiep, damals Schatzmeister der CDU, kam nicht gut weg. Der sei, so Strauß, »eine Null ohne jegliche politische Einflussnahme und ohne Perspektive«. Ausdrücklich bat der Westdeutsche angesichts dieser Indiskretion um »strengste Geheimhaltung«.

AP

Strauß 1980

Als der SPIEGEL über die vertraulichen Verhandlungen berichtete, rätselte Strauß, wer wohl die Quellen des Magazins seien. Gegenüber Schalck mutmaßte er, es bestünden »in einigen Etagen unterhalb Ihrer Ebene enge Verbindungen zum SPIEGEL«, was der Stasi-Mann zurückwies. Später vermutete Strauß, der Kanzler oder der Kanzleramtschef würden Details an die Journalisten geben. KLW

Michael Hollmann (Hg.): »Dokumente zur Deutschlandpolitik«. VII. Reihe, Band 1; De Gruyter Oldenbourg; 994 Seiten; 99,95 Euro.